

ENERGIE erhitzt die Gemüter

Reformen in Estland und Lettland umstritten

Nicht nur in der westlichen Welt – auch im Baltikum scheitern Fusionen.

Estlands und Lettlands Energieunternehmen planten den Zusammenschluss – die Bemühungen blieben erfolglos, das Projekt liegt auf Eis.

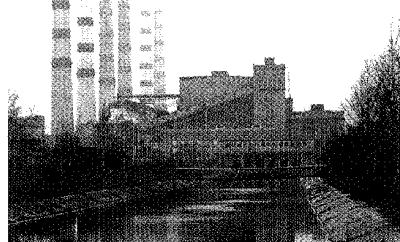
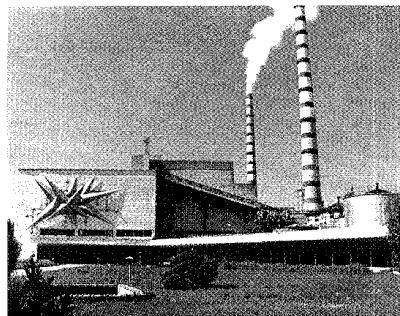
Nunmehr soll in Lettland der Energieproduzent und -lieferant Latvenergo reorganisiert werden, in Estland stehen 49 Prozent der Anteile an den beiden Kohlekraftwerken von Eesti Energia in Narva an der russischen Grenze zum Verkauf.

In Estland ist es politisch weitgehend umstritten, dass die Kraftwerke einen ausländischen Investor brauchen. Mit dem Verkauf von nur 49 Prozent der Anteile der Unternehmen bleibt das Sagen im Energiesektor ohnehin im Lande. Die Energieproduktion in Estland, die sich auf die Verfeuerung des nahe den Kraftwerken abgebauten Ölschiefers stützt, ist aus umwelttechnischen Gründen dringend auf einen Partner mit Know-how und Kapital angewiesen.

Großes Interesse an einer Beteiligung hat das amerikanische Unternehmen NRG Energy, das mit dem Auslandsesten Hillar Lauri seit gut fünf Jahren ein eigenes Büro in Tallinn unterhält. Seit Jahren verhandelt NRG Energy mit der estnischen Regierung, so dass sich Ministerpräsident Mart Laar nach eigenen Worten geradezu verpflichtet fühlt, das Angebot der Amerikaner zu berücksichtigen.

Opposition macht Front

Die Opposition macht jedoch Front gegen einen Vertrag, von dem die Amerikaner als Aktionäre der Kohlekraftwerke in Narva auf unbürokratische Weise bevorteilt werden würden. Dieser Vertrag zwischen den Kohlekraftwerken und Eesti Energia, der bisher allerdings nicht veröffentlicht wurde und damit auch



Die Kraftwerke des estnischen Energiekonzerns Eesti Energia in Narva (in der Mitte die Konzernzentrale) müssen rekonstruiert werden. Finanzielle Mittel soll die Privatisierung bringen. Die amerikanische Firma NRG zeigt großes Interesse an einem Aktienpaket.

Spekulationen Raum gibt, soll den Kohlekraftwerken in Narva 15 Jahre lang einen festen Stromabnahmepreis garantieren, den Eesti Energia für die Narvaer Kilowattstunden zu bezahlen hat, selbst wenn das Land als künftiges EU-Mitglied gegebenfalls aus den benachbarten Mitgliedsländern längst billiger importieren können sollte. Die Gegnerschaft ist so stark, dass sich auch der Unternehmerverband gegen den Verkauf stellte. Ein ungewohntes Bild, neigt doch die oppositionelle Zentrumspartei des Volksfront-premiers Edgar Savisaar mit der größten Fraktion im Parlament eher zum Linkspopulismus.

Überdies haben sich auch die Gewerkschaften und die Mitarbeiter der Narvaer Kraftwerke selbst hinter NRG Energy gestellt. Sie sehen in einem finanzstarken Investor die einzige Chance, ihre Arbeitsplätze langfristig zu sichern, und das, obwohl noch nicht einmal konkret ausgehandelt wurde, welcher der beiden Blöcke in Narva zuerst und ob überhaupt beide renoviert werden.

Wie sehr in dieser Diskussion die Nerven blank lagen, beweist ein Kommentar des Regierungschefs über das ständige Thema, ob die Details des Vertrages publik zu machen seien. Mart Laar sagte, er befürworte eine Veröffentlichung, könne darüber aber nicht entscheiden, handele es sich doch um einen Vertrag zwischen Eesti Energia und NRG.

Die Regierung hat der Privatisierung einstweilen grünes Licht gegeben, der Aufsichtsrat von Eesti Energia hat dem Plan ebenfalls zu-

BALTIKUM

gestimmt. Jetzt haben die Esten noch die Möglichkeit, den Amerikanern bei der Vorlage des konkreten Finanzierungsplans die kalte Schulter zu zeigen.

Probleme in Lettland mit der Rekonstruktion

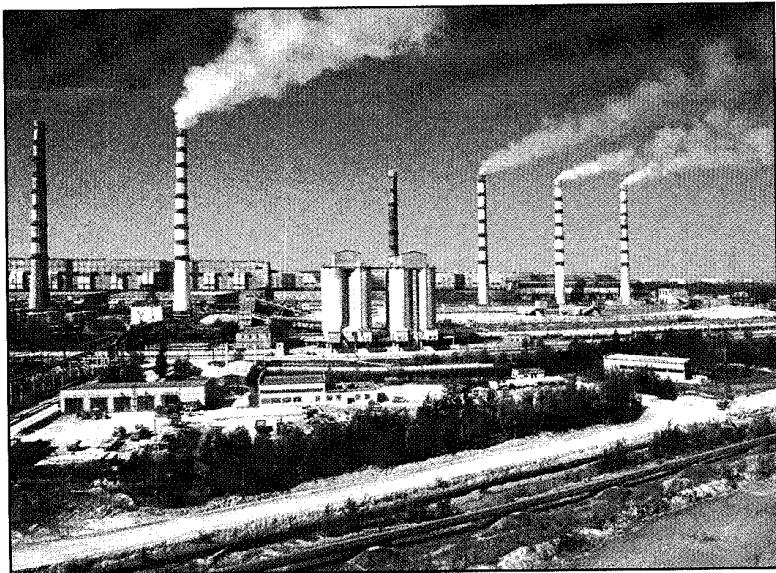
In Lettland ist nicht nur die Frage der Privatisierung des Energiemonopisten umstritten, auch der Restrukturierung stehen einige Gruppen kritisch gegenüber.

Ein Grund für die Ängste in der lettischen Bevölkerung, zu deren Anwalt sich die Opposition unter Führung der Sozialdemokraten macht, sind die Erfahrungen bei der Privatisierung der Telekom. Die hatte Lettland nicht nur in ein

nen Lat an einen Vermittler aus Liechtenstein zahlt, der seinerseits sofort fünf Millionen für die Gläubiger und damit vor allem für Kleinsparer der Banka Baltija überweist.

Zum Skandal entwickelte sich dieses Geschäft, als sich herausstellte, dass Latvenergo die acht Millionen früher bezahlt hatte als die Liechtensteiner ihren Anteil. Die Staatsanwaltschaft nahm die Ermittlungen auf, und die Arbeit eines eigens eingesetzten Untersuchungsausschusses beschäftigte die Bevölkerung über Monate. Dabei wurden jedoch mehr neue Fragen aufgeworfen als Antworten gefunden.

Es muss daher Spekulation bleiben, wer für diesen Verlust von drei Millionen Lat verantwortlich war.



Das Kraftwerk von Eesti Energia in Narva wird mit Ölschiefer beheizt.

Nummernchaos geführt, sondern vor allem in Verbindung mit einer garantierten Monopolstellung bis 2013 zu drastisch höheren Tarifen.

Bei Latvenergo befürchtete man ähnliche Folgen, einmal mehr, da das Unternehmen seit rund fünf Jahren ein Synonym für Interessenverflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft sowie Korruption in Lettland darstellt.

Hintergrund ist die Pleite der Banka Baltija im Jahre 1995, die dazu führte, dass der Energiemonopolist über eine nicht restlos geklärte Bürgschaft für eine andere Firma plötzlich beim Konkursverwalter als Schuldner mit zehn Millionen Lat (umgerechnet gut 30 Millionen Mark) auftauchte. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich beschlossen, dass Latvenergo zu einem späteren Zeitpunkt acht Millio-

Allein die Vielzahl der Beteiligten, deren schlechtes Gedächtnis und widersprüchliche Aussagen lassen eine konkrete Verschwörung jedoch unwahrscheinlich erscheinen.

Der Chef der Privatisierungsagentur in Lettland, Janis Naglis, war schon immer ein hartnäckiger Verfechter der Restrukturierung von Latvenergo. Als im Frühjahr 1999 der früher als parteiloser Kompromisskandidat populär gewordene Premier Andris Skele nach einem Regierungssturz mit seiner zwischenzeitlich gegründeten eigenen Partei an die Macht kam, erhielt Naglis zwar Rückendeckung. Doch gleichzeitig steht besonders Skele mit seinem Lebensmittelimperium AVE LAT in dem Ruf, bei den noch verbleibenden Privatisierungen die Filetstücke der lettischen Wirtschaft unter seine Kontrolle bringen zu

wollen. Und damit brachte er nicht nur die oppositionellen Sozialdemokraten auf den Plan, sondern auch seinen nationalkonservativen Koalitionspartner, der schließlich weniger als ein Jahr nach Amtsantritt erneut eine Regierung stürzte.

Unterschriftensammlung gegen Privatisierung

Den Sozialdemokraten genügte dies nicht. Sie starteten eine in der lettischen Verfassung vorgesehene Unterschriftensammlung für die Auszeichnung eines Referendums gegen Privatisierung und Restrukturierung von Latvenergo, die anfangs wenig erfolgreich schien, in den letzten Tagen der Frist aber so viel Zulauf erhielt, dass die neue Regierung, dem Referendum den Boden entziehend, in vorausseilendem Gehorsam ein Energiegesetz verabschiedete, das Privatisierung und Restrukturierung erst einmal auf die lange Bank schiebt.

Diese Entscheidung stoppte auch automatisch die Fusionsverhandlungen mit Eesti Energia. Für Lettland bedeutet dies Stagnation. Mit der Aussetzung der Umstrukturierung als Folge des Misstrauens der lettischen Bevölkerung gegenüber ihren Politikern wurde lediglich erreicht, dass Latvenergo als Monopol in der Aufsicht just derselben Politiker belassen wurde, gegen die sich der Volkszorn richtete. Ein typisches Beispiel für den oft widersprüchlichen Zickzackkurs der Wirtschaftspolitik in einer von Unzufriedenheit in der Transformationsphase gekennzeichneten Gesellschaft.

Für beide Staaten gilt, dass die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Regulierung durch die Politik insoweit eingeschränkt sind, als Esten und Letten in die EU streben und darüber mit Brüssel verhandeln. Die Presse ist voll von Kommentaren aus Politik und Wirtschaft, die völlig gegensätzlich behaupten, dass die jüngst getroffenen Entscheidungen im Energiesektor beider Länder EU-konform sind oder aber als Vorbereitung für einen allfälligen Beitritt früher oder später sowieso aufgehoben werden müssen. Es dürfte allerdings feststehen, dass die Letten nicht darum herumkommen werden, ihre Gesetzgebung im Rahmen einer Liberalisierung zu überdenken, während es bei der estnischen Problematik eher um Fragen der Wirtschaftlichkeit geht. Schon mittelfristig ist daher neue Bewegung zu erwarten.

Axel Reetz